

Deviseneinnahmen, aufgestockt. Nicht zuletzt kann China von den versierten Geschäftsleuten und Fabrikanten Hongkongs viel für seine Modernisierung lernen.

Die Themenliste der Gespräche des Gouverneurs von Hongkong war damit von vornherein schon kanalisiert. Die Hauptfrage bleibt trotzdem politischer Art. Fast alle kommerziellen Fragen spitzen sich nämlich letztlich darauf zu, welche rechtliche Stellung Hongkong nach dem 30. Juni 1997 annehmen wird. An diesem Tag läuft der 1898 zwischen der britischen Krone und dem chinesischen Kaiserhof auf 99 Jahre geschlossene Pachtvertrag für Hongkongs "New Territories" aus. Falls diese Territorien zurückgegeben werden müßten - und sie machen territorial über 90% der heutigen Kronkolonie aus - dann wäre auch das restliche Hongkong kaum noch lebensfähig. Im "Kron"-Besitz blieben formell nur noch die 1842 aufgrund des Vertrags von Nanking "auf Ewigkeit gepachteten" Inseln Hongkong mit 75 qkm und die Halbinsel Kowloon mit rd. 10 qkm. Schon heute werden die meisten Investitionen nur auf eine Amortisationszeit von fünf bis höchstens zehn Jahren festgelegt. Verlören die potentiellen Investoren ihren Glauben an die Zukunft Hongkongs, so könnte spätestens ab 1987 jede Investitionstätigkeit zum Erliegen kommen. Peking wird sich also, wenn es das lukrative Hongkong noch weiterhin als gewinnbringenden Außenposten stehen lassen will, früher oder später zu einer deutlichen Geste entschließen müssen. Es ist sicher, daß der Gouverneur von Hongkong in dieser Frage ein deutliches Wort gesprochen hat.

Ein weiteres Thema ist die zukünftige Entwicklung der joint ventures, die in den letzten Jahren bereits Hongkonger Firmen mit Außenhandelsgesellschaften und Produktionsbetrieben der VR China gebildet haben, und die in ihren rechtlichen Rahmenregelungen zu Vorbildern für ähnliche Production-sharing-Abkommen mit Firmen aus anderen Teilen der Welt geworden sind.

Ein weiteres Thema dürfte der Flüchtlingsstrom gewesen sein, der sich gerade seit Anfang 1979 wieder nach Hongkong hinein ergossen hat. Man rechnet in Hongkong seit Anfang dieses Jahres bereits mit 56.000 legalen oder illegalen Zuwanderern aus der Volksrepublik. Sollte der bisherige Strom sich fortsetzen, so würde die gegenwärtig 4,5 Mio. umfassende Bevölkerung Hongkongs im laufenden Jahr um 300.000 Zuwanderer vermehrt. Wie die Hongkonger Behörden mit diesem neuen Boom infrastrukturell fertig werden sollen, ist ein Rätsel.

27.598 Personen haben bis Mitte März mit Ausreisevisen die Grenze nach Hongkong überschritten. Von den illegalen Einwanderern wurden nur 7.061 gefaßt. Damit hat Hongkong einen neuen Rekord seit 1962 zu verzeichnen, als 50.000 Chinesen in nur 23 Tagen die Grenze illegal überschritten. Der Grund für die damalige Flucht waren die Folgen der "drei schlimmen Jahre", in die China infolge des Mißlingens des Großen Sprungs hineingeraten war. 1974 war dann ein neuer Höhepunkt mit 24.000 illegalen Emigranten. Die neuerliche Einwanderungswelle ist möglicherweise darauf zurückzuführen, daß während des Vietnam-Feldzugs die Grenzkontrollen gelockert wurden, und daß die chinesischen Behörden außerdem nichts dagegen hatten, wenn als Entlastung für die über 160.000 von Vietnam nach China geflohenen Hua einzieher weiter nach Hongkong zogen.

(45) Direkte Zugverbindung zwischen Hongkong und Kanton

Nachdem die Flug- und Schiffsverbindungen zwischen Hongkong und der chinesischen Messestadt Kanton im letzten Jahr bereits wiederaufgenommen wurden (C.a., November 1978, S.721 Ü 89), gibt es nun auch die Möglichkeit, mit dem Zug ohne Umsteigen an der Grenze von Hongkong nach Kanton zu fahren. Jeden Tag fährt um 8.30 Uhr ein Zug ab Kanton nach Hongkong und um 12.55 ein Zug in der Gegenrichtung. Die Fahrt von rd. 180 km dauert knapp 3 Stunden, und die Karte für eine einfache Fahrt kostet ca. 50 HK\$. Die Eisenbahnverbindung war vor dreißig Jahren unterbrochen worden.

Ein anderes historisches Ereignis war der Besuch des Gouverneurs von Hongkong, Murray Mac LeHose, in China vom 24. März bis 4. April. Es war das erste Mal, daß ein Hongkonger Gouverneur China einen offiziellen Besuch abgestattet hat, von dem er am 4. April mit dem ersten Zug zurückgekehrt ist, der nach der Wiederaufnahme der direkten Eisenbahnverbindung von Kanton nach Hongkong fuhr (DGB, 17.3. und 4.4.79).

(46) Massenflucht aus China

Zum größten Exodus seit der Hungersnot im Jahre 1962 ist es in den vergangenen drei Monaten in der Volksrepublik China gekommen. Einem Hongkonger Regierungssprecher zufolge sind allein während der ersten elf Wochen dieses Jahres mindestens 56.000 Chinesen legal oder illegal nach Hongkong eingewandert, im Vergleich zu rund 100.000 im gesamten Jahr 1978. Seit Jahresbeginn seien 27.798 Chinesen illegal eingewandert, während 7.061 bei ihrem illegalen Versuch von der Grenzpolizei gefaßt und zurückgewiesen worden seien. Die Hongkonger Regierung schätze allerdings, daß es vier von fünf Chinesen gelänge, bei der Grenzüberschreitung nicht ertappt zu werden. Die Einwanderungswelle aus China nach Hongkong sei nur im Mai 1962 höher als jetzt gewesen. Damals seien schätzungsweise 50.000 Menschen innerhalb von nur 23 Tagen nach Hongkong gekommen. Ursachen für diesen Massenexodus scheinen einmal eine weitverbreitete wirtschaftliche Unzufriedenheit und zum anderen die verringerte Grenzbewachung aufgrund des Kriegs mit Vietnam zu sein. (DDP, Hongkong, 21.3.79)

TAIWAN

(47) Taiwan-Gesetz vom US-Kongreß verabschiedet

Das amerikanische Repräsentantenhaus und der Senat haben am 28. bzw. 29. März das Gesetz zur Neuregelung der inoffiziellen Beziehungen zu Taiwan mit großer Mehrheit (339 gegen 50 Stimmen im Repräsentantenhaus und 85 gegen 4 Stimmen im Senat) verabschiedet. Im Vergleich zu der ursprünglichen Regierungsvorlage hat der Kongreß zahlreiche Ergänzungen oder Veränderungen in das Gesetz eingebracht. Vor allem drückt das Gesetz die Sorge der USA um die Sicherheit Taiwans aus. Der Entschluß der USA zur Aufnahme der diplomatischen Beziehun-

gen mit der VR China beruht, so heißt es in dem Gesetz, auf der Hoffnung auf eine friedliche Lösung der Zukunft Taiwans. Jede Bemühung zur Lösung der Zukunft Taiwans mit nichtfriedlichen Methoden - einschließlich Boykotte oder Blockaden - wird als Bedrohung des Friedens und der Sicherheit im westpazifischen Raum betrachtet und gilt auch für die USA als ernster Grund zur Sorge. Die USA bleiben bei ihrer Position hinsichtlich der Art und Weise, wie sie Waffenanwendung oder anderen Bedrohungen, die die Sicherheit, den Wohlstand und das Wirtschaftssystem des taiwanesischen Volkes gefährden können, begegnen wollen. Bei jeder solchen Bedrohung und der daraus folgenden Gefährdung der Interessen der USA soll der Präsident den Kongreß unmittelbar informieren, und beim Eintreten einer derartigen Gefahr sollen Präsident und Kongreß entsprechend dem in der Verfassung vorgesehenen Verfahren über die von den USA zu treffenden Maßnahmen entscheiden. Die USA werden weiterhin, soweit das nach dem Urteil des Präsidenten und des Kongresses erforderlich ist, Defensivwaffen an Taiwan liefern. Alle Verträge, die zwischen den USA und Taiwan vor dem 1. Januar 1979 abgeschlossen wurden, bleiben in Kraft. Davon sind allerdings die bereits gekündigten Verträge ausgeschlossen. So wird der Beistandsvertrag von 1954, den Präsident Carter schon gekündigt hat, nur noch bis zum Ende dieses Jahres gültig bleiben. Ferner soll das von Taiwan vor dem 31. Dezember 1978 in den USA erworbene Eigentum von der Anerkennung der VR China durch die USA nicht berührt werden, d. h. Peking darf z. B. nicht die Eigentumsrechte an den Gebäuden der ehemaligen Botschaft und Konsulate Taiwans in den USA übernehmen (ZYRB und LHB, 28. und 31.3.79). Am 16. März hat der chinesische Außenminister Huang Hua bei einem Treffen mit dem US-Botschafter in Peking, Leonard Woodcock, die von den beiden Häusern getrennt beschlossenen Gesetzesvorlagen scharf kritisiert. Huang warf dem US-Parlament die Beeinträchtigung der chinesisch-amerikanischen Vereinbarung über die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen vor, weil die künftigen Beziehungen der USA zu Taiwan nach den Vorlagen praktisch immer noch einen offiziellen Charakter trügen (RMRB, 24.3.79).

(48) Über 17 Millionen Einwohner

Nach den Statistiken des Innenministeriums in Taipei hatte Taiwan Ende des vorigen Jahres 17.135.740 Einwohner. Es gab einen Männerüberschuß von 770.000, und 2.163.605 Menschen wohnten in der Stadt Taipei. Im Jahre 1990 wird die Bevölkerung von Taiwan nach einer Prognose der Gesundheitsbehörde der Provinzregierung auf 23 Millionen steigen. Falls die Familienplanung nicht streng durchgeführt wird, könnte die Bevölkerungszahl sogar 27 Millionen erreichen. Die Behörde der Provinzregierung für Bildung und Erziehung gab bekannt, daß der Einschulungsprozentsatz von Kindern jetzt bei 99,65% liege. Doch die Zahl der Schulkinder ist dank der Geburtenkontrolle um 40.000 gesunken (SBZK, 18.3.1979).

Nach den Statistiken des Exekutiv-Yuan betrug das Einkommen pro Haushalt 1978 durchschnittlich 163.226 NT\$ (36 NT\$ = 1 US\$) und ist im Vergleich zu 1977 um 11.640 NT\$ gestiegen. Die ständigen Ausgaben einer Familie betragen 138.291 NT\$; das bedeutet einen Jahreszuwachs von 20,62%. Für Nahrungsmittel zahlte jede Familie im Jahr 51.303 NT\$ (Zuwachsrate

= 19,6%), für andere Konsumgüter 73.385 NT\$. Ein Arbeitnehmer in der Herstellungsindustrie erhielt 1978 durchschnittlich einen Monatslohn von 6.337 NT\$ (ZYRB, 9.3.1979)

(49) Vergleich der Wirtschaftsleistungen Taiwans und Südkoreas

Im vorigen Jahr hat das Wachstum der taiwanesischen Wirtschaft einen neuen Rekord von 12,8% erzielt. Damit hat Taiwan nach Angaben der taiwanesischen Regierung zum ersten Mal in den sechs Jahren seit der Ölkrise Südkorea überholt, was die wirtschaftliche Zuwachsrate betrifft. Die Zuwachsrate Südkoreas betrug im letzten Jahr 12,5%. In der Landwirtschaft zeigen beide Länder ein Minuswachstum. In der Herstellungsindustrie von Taiwan ist die Produktion um 27,8% gestiegen, während die gleiche Branche in Südkorea ein Jahreswachstum von 19,7% aufwies. Ein besonders großer Erfolg war in der taiwanesischen Schwer- und Chemieindustrie zu verzeichnen, wo die Steigerungsrate 37% betrug; Südkorea hatte in dieser Branche nur einen Zuwachs von 24,8% erlangen können. Der Export von Taiwan zeigte 1978 mit einer Zuwachsrate von 35,7% ebenfalls blendende Ergebnisse; Südkoreas Export ist im Vergleichszeitraum um 26,5% gestiegen. Beide Länder hatten das gleiche Exportvolumen, nämlich rund 12,7 Mrd. US\$. Hinsichtlich der Preise wies Taiwan wiederum bessere Leistungen auf. In Taiwan stiegen die Großhandelspreise um 3,5% und die Verbraucherpreise um 5,8%, in Südkorea um 11,7% beziehungsweise um 14,4%. (ZYRB und LHB, 8.3.79)

Nach Angaben des Ausschusses für die Entwicklung des Außenhandels in Taiwan ist die Insel in der Weltrangliste des Exports von Platz 25 im Jahre 1977 auf Platz 16 im vergangenen Jahr gestiegen. Innerhalb eines Jahres hat sie dabei neun Länder überholt: Spanien, Brasilien, Südafrika, Australien, Indonesien, Dänemark, Nigeria, Libyen und Venezuela. Ihr Exportvolumen lag mit nur einem knappen Abstand von 11 Mio. US\$ hinter dem Südkoreas. Der Gesamt-außenhandel betrug im vorigen Jahr mehr als 23,7 Mrd. US\$ und lag zum ersten Mal höher als das Bruttosozialprodukt Taiwans (23,5 Mrd. US\$). Der Export machte 54,1% des Nationaleinkommens aus (FCW, 1979, No. 11). Außerdem galt Taiwan 1978 als achtgrößter Handelspartner der USA (FCW, 1979/No. 8). Infolge des Exportzuwachses verfügt Taiwan zur Zeit über Devisen in Höhe von 70 Mrd. US\$ (SBZK, 18.3.79).

(50) Drang nach Auslandsreisen

Seit Januar ist es den Einwohnern Taiwans erlaubt, als Touristen ins Ausland zu reisen. Bis zum 10. März hat die zuständige Behörde 95.595 Anträge genehmigt. Zur Zeit werden jeden Tag durchschnittlich 2.400 Anträge eingereicht. Ein Drittel der Antragsteller waren Frauen, 60% hatten Hongkong als Reiseziel. Die Reisenden wurden davor gewarnt, das chinesische Festland zu besuchen. Alle von den Rückkehrenden mitgebrachten Medikamente, Schnäpse und andere Waren aus der VR China wurden vom Zollamt beschlagnahmt und vernichtet (ZYRB, 22. und 25.3.79). Nächste Hongkong gilt Japan als zweitbeliebtestes Reiseziel. Vor dem Gebäude des Büros für Visaerteilungen stand jede Nacht eine Schlange von Menschen (LHB, 2.4.79).

(51) Telefongespräche mit Peking streng untersagt

Das Büro für den internationalen Fernmeldedienst in Taiwan hat am 10. März die im Fernmeldewesen tätigen ausländischen Organisationen gebeten, keine Telefongespräche oder Telegramme vom chinesischen Festland und anderen kommunistischen Staaten nach Taiwan zu vermitteln. Von Taiwan aus nach den genannten Gebieten zu telefonieren oder Telegramme aufzugeben, ist ebenfalls nicht erlaubt. Zuwiderhandelnde müssen sogar mit einer Strafe rechnen (ZYRB, 11.3.79). Seit Februar haben zahlreiche Großstädte in der VR China wie Peking, Wuhan und Tianjin den Fernmeldedienst nach Taiwan eröffnet (SWB, 18. und 22.3.79). Am 9. März haben mindestens vier ausländische Journalisten in Peking nach Taiwan telefoniert. Die Gespräche gingen über Vermittlung in Tokio. Ein Korrespondent von Reuter rief von Peking aus das prominente "Grand Hotel" in Taipei an, um ein Zimmer zu bestellen. Die Telephonistin des Hotels hatte nach dem Herkunftsort des Anrufs gefragt und das Wort Beijing (Peking) nicht verstehen können. Zunächst dachte sie an einen ähnlichen Namen wie Begin (der israelische Ministerpräsident) und hörte zu ihrer Verblüffung die Erklärung des Journalisten, der dann den in Taiwan noch gebräuchlichen alten Namen der Stadt "Beiping" verwendete. Nach Angaben offizieller Stellen in China sind vom chinesischen Festland aus auch einige Telegramme nach Taiwan gesandt worden. Man weiß jedoch nicht, ob diese in die Hände der Empfänger gelangt sind (DGB, 10.3.79). Zwischen Taiwan und dem chinesischen Festland hatte es zuvor 30 Jahre lang keine Fernmelde- oder Postverbindungen gegeben. Infolge der automatischen Einrichtungen kann das taiwanische Fernmeldamt einen Anruf vom chinesischen Festland über Tokio, Hongkong oder Paris nach Taiwan kaum verhindern. Das Informationsbüro der nationalchinesischen Regierung bezeichnete das Ereignis als einen Trick des "Einheitsfrontkrieges" von Peking. An die Auslandsjournalisten wurde appelliert, den Kommunisten nicht in die Falle zu gehen (ZYRB, 11.3.79). Um der Friedensoffensive Pekings etwas entgegenzusetzen hat der Journalistenverein in Taipei alle in "Beiping" (Peking) akkreditierten nichtkommunistischen ausländischen Korrespondenten zu einer einwöchigen Reise nach Taiwan eingeladen (ZYRB, 14.3.79). Auf welchem Weg die Einladung erfolgte, wurde in der Meldung jedoch nicht gesagt. Ganz sicher war es nicht per Telefon, Telegramm oder auf dem Postwege. Am 13. März bekräftigte das Verkehrsministerium in Taipei das Verbot direkter Fahrten zwischen Taiwan und dem chinesischen Festland für alle ausländischen Schiffe und Flugzeuge. Nicht erlaubt ist auch der Direktverkehr zwischen Taiwan und der Sowjetunion, Rumänien, Albanien, Vietnam, Kuba, Kampuchea, Nordkorea und Angola (ZYRB, 13.3.79). Im November des vorigen Jahres haben drei Ärzte aus der VR China auf ihrer Reise von Bangkok nach Tokio im Flughafen von Taipei einen kurzen Aufenthalt machen können. In der offiziellen "Chinesischen Presseagentur" (Zhon-guo Xin-wen-she) hat der Leiter der Delegation einen Artikel geschrieben, in dem die Einrichtungen und die Bedienung auf dem Flughafen sehr positiv dargestellt wurden (DGB, 4.2.79). In den Warteräumen der Flughäfen für Transittouristen werden gewöhnlich keine Paßkontrollen durchgeführt. Daher war die Landung der Ärzte aus Peking in Taipei möglich geworden.